

Lagebericht und Bilanz zum 17. Juni (1)

19. Juni 1953

Information Nr. 1 [Meldung Nr. 12/53]

Quelle

BStU, MfS, AS 9/57, Bd. 13, Bl. 208–211.

Serie

Informationsdienst (Vorformen).

Verteiler

Kein Nachweis einer externen oder internen Verteilung.

Vermerk

»Nr. 1« im Titel handschriftlich hinzugesetzt.

Bemerkungen

Die Informationen Nr. 1, 2 und 3 vom 19. und 21.6. haben den Charakter von Lageberichten und weitgehend den gleichen inhaltlichen Aufbau (gekennzeichnet mit römischen Ziffern).

[\[Faksimile der Seite 1\]](#)

I. Politische Lage

Der demokratische Sektor Berlins erreicht wieder den normalen Zustand. In den Betrieben wird wieder voll gearbeitet bis auf einen Teil der Arbeiter, die im Westsektor wohnen. Ab heute ist die Partei in den Betrieben wieder aktiv geworden und führt Betriebsversammlungen durch. In einigen Betrieben wurde durch die Diskussionsredner der Partei nicht der Arbeitsprozess gefördert, sondern die Arbeiter von der Arbeit abgehalten. Z. B. fasste eine Parteibetriebsgruppe den Beschluss die Saboteure nicht mehr im Betrieb zuzulassen, ohne die Belegschaft für diesen Beschluss zu mobilisieren.

Die Stimmung der Arbeiter ist zum Teil zurückhaltend. Die Partei wird von einem großen Teil der Belegschaft in diesen Betrieben nicht anerkannt. Ein Teil der Arbeiter, die aufgrund berechtigter wirtschaftlicher Forderungen glaubten mitstreiken zu müssen, äußerten: »Niemand wären wir mitgegangen, wenn wir gewusst hätten, dass sich ein solches Banditentum entwickeln würde.«

Stimmungen aus den Kreisen der Bevölkerung

Stimmungen und Verhalten der Bevölkerung, die nicht an den Ausschreitungen teilnahm :

Ein großer Teil der Bevölkerung verhielt sich passiv. Konzentrierte Maßnahmen vonseiten der Partei und der Jugend wurden nicht sichtbar. Der positive Teil der Bevölkerung blieb passiv, weil er die wirtschaftlichen Maßnahmen der Regierung nicht guthieß. Ein anderer Teil der Bevölkerung, der auch die wirtschaftlichen Maßnahmen nicht guthieß, hat das Verhalten dieser Streikenden verurteilt.

Das Eingreifen der Besatzungsmacht wurde von einem großen Teil der friedliebenden Bevölkerung begrüßt. Ein Teil lehnte den Einsatz der sowjetischen Besatzungstruppen und die Verhängung des Ausnahmezustandes ab.

Unter den Bauarbeitern ist die Stimmung noch schlecht. Es arbeitet nur ein Teil.

Große Diskussion löst jetzt die Frage aus: »Werden die Tage bezahlt oder nicht?«

Im Allgemeinen ist die vorherrschende Meinung, dass es gut ist, dass wieder Ruhe und Ordnung herrscht.

II. Zahl der Verluste auf beiden Seiten

Ohne Veränderung.¹

III. Zahl der Verhafteten von Anfang des Streiks

Verhaftungen durch MfS, einschließlich Berliner Verwaltung und VP, aus demokratischem Sektor Berlins: 1 406, aus Westberlin: 260, insgesamt: 1 666.

Darunter befinden sich zwei komplette Streikleitungen und fünf, die die Funktion einer solchen ausübten.

Verhaftet wurden die Streikkomitees von:

- KWO Köpenick,
- Bergmann-Borsig,
- RFT Treptow,
- KW Karl Liebknecht,
- VEB Ausbau,
- KWO Oberspree,
- VEB »7. Oktober«.

Insgesamt 37 Personen plus vier besondere Rädelsführer.

IV. Was wurde bei den Vernehmungen festgestellt?

a) Konnten Angaben über die Leitung der Streikbewegung festgestellt werden?

Ausgangspunkt war der Industriebau, Bauabschnitt Krankenhaus Friedrichshain. Dort beschloss die BGL den Streik für Montag.²

Es wurde durch die Vernehmungen festgestellt, dass die Mitglieder der Gewerkschaftsleitung in den Betrieben zum großen Teil die Organisatoren waren oder mitmachten. Bisher einzelne Vernehmungen zeigen die Möglichkeit, dass die Organisatoren sogar in der höchsten Spitze der Gewerkschaftsleitung sitzen müssen.

Die Verbindung zum Ostbüro der SPD³ und zur NGO⁴ ist durch die Vernehmungen noch nicht erbracht worden. Die Beteiligung der imperialistischen Geheimdienste ist festgestellt worden.

b) Was verursachte die Teilnahme an der Demonstration?

1. Unzufriedenheit über die wirtschaftliche Lage. Unzufriedenheit über viele Maßnahmen der Regierung.
2. Bewusste Gegnerschaft gegen die DDR unter weitgehender Ausnutzung der berechtigten Unzufriedenheit großer Teile der Bevölkerung.
3. Banditen, Provokateure und Agenten, offene bezahlte Feinde.

V. Lage in der DDR

Im Allgemeinen normal. Einzelne Schwierigkeiten gibt es noch in den Bezirken Magdeburg und Halle.

Festgestellt werden muss, dass in der DDR besonders die Bauarbeiter der Bau-Unionen auch heute noch zu streiken versuchen und der geringste Teil von ihnen arbeitet. Das trifft zu für die Bezirke Cottbus, Neustrelitz, Karl-Marx-Stadt in Freiberg und Frankfurt/Oder.

1

Offensichtlich hat es einen (bisher nicht aufgefundenen) früheren Bericht gegeben, der Gesamtzahlen zu den Opfern auf beiden Seiten enthielt. In einem Eilferschreiben Mielkes an die Bezirksverwaltungen und Verwaltungen des MfS vom 18.6.1953, 13.50 Uhr, wurde jedenfalls die Meldung von Festgenommenen, Toten, Verwundeten und Demonstrationen angeordnet. Dokumentiert in: Fricke, Karl Wilhelm; Engelmann, Roger: Der »Tag X« und die Staatssicherheit. 17. Juni 1953 – Reaktionen und Konsequenzen im DDR-Machtapparat. Bremen 2003, S. 251.

2

Diese Feststellung ist unzutreffend und entspricht auch nicht dem damaligen Kenntnisstand der Staatssicherheit. Nur eine einzige Baubrigade (Transportbrigade Metzdorf) hatte wohl so etwas wie einen Streikbeschluss für Montag, den 15. Juni 1953, getroffen. Die allgemeine Arbeitsniederlegung auf der Baustelle Krankenhaus Friedrichshain am Montag war dagegen weitgehend spontan. Einen Streikbeschluss der Betriebsgewerkschaftsleitung (BGL) des VEB Industriebau Friedrichshain gab es nicht. Die BGL unter ihrem Vorsitzenden Max Fettling spielte keine treibende, sondern eher eine beschwichtigende Rolle. Vgl. Kowalczyk, Ilko-Sascha: 17. Juni 1953 – Volksaufstand in der DDR. Ursachen – Abläufe – Folgen. Bremen 2003, S. 111–113; Fricke, Karl Wilhelm; Engelmann, Roger: Der »Tag X« und die Staatssicherheit. 17. Juni 1953 – Reaktionen und Konsequenzen im DDR-Machtapparat. Bremen 2003, S. 40–44.

3

Das Ostbüro der SPD wurde 1946 zur Unterstützung der von der Zwangsvereinigung betroffenen ostdeutschen Sozialdemokraten gegründet. Zu seinen Aufgaben gehörten Flüchtlingsbetreuung, Informationsbeschaffung und das Einschleusen von Informations- und Propagandamaterialien in die SBZ/DDR. Vgl. Buschfort, Wolfgang: Parteien im Kalten Krieg. Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP. Berlin 2000.

4

Unter der Bezeichnung »Nurgewerkschaftliche Opposition im FDGB« firmierten die propagandistischen Aktivitäten des Ostbüros des DGB in der DDR, die überwiegend von geflohenen ehemaligen Funktionären des FDGB getragen wurden. Die 1951 unter der Ägide des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften gegründete Einrichtung hatte ihren Sitz in Düsseldorf und Westberlin. Leiter des DGB-Ostbüros war Gerhard Haas, Jg. 1920, Rechtsschutzsekretär des Berliner DGB. Vgl. Fricke, Karl Wilhelm; Engelmann, Roger: Konzentrierte Schläge. Staatssicherheitsaktionen und politische Prozesse 1953–1956. Berlin 1998, S. 74–76.

